

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Konjunktur

Die internationale Wirtschaftsentwicklung war 2020 in hohem Maße von den Auswirkungen der Corona-Pandemie belastet. Alle für uns relevanten Volkswirtschaften erlitten einen einschneidenden Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Hinzu traten Unsicherheiten im politischen Umfeld, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

in %	2021	2020	2019 ¹
Welt	5,5	-3,5	2,8
Euroraum	4,2	-7,2	1,3
Deutschland	3,5	-5,4	0,6
Frankreich	5,5	-9,0	1,5
Schweden	3,5	-4,7	1,3
Schweiz	3,6	-5,3	1,2
Tschechien	5,1	-6,5	2,3
Türkei	5,0	-5,0	0,9

1 Vorjahreszahlen angepasst.

Aufgrund der Unwägbarkeiten im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie sind Aussagen zum Konjunkturverlauf im Jahr 2021 mit hohen Unsicherheiten behaftet. Allgemein wird als Gegenreaktion zum wirtschaftlichen Einbruch 2020 mit einer kräftigen Erholung der Wirtschaftsaktivitäten gerechnet. Allerdings wird sich die Wirtschaftsleistung allenfalls auf dem Niveau des Jahres 2019 bewegen. Von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden 2021 per saldo voraussichtlich keine wesentlichen positiven oder negativen Einflüsse auf den Geschäftsverlauf unseres Unternehmens ausgehen.

Zinsentwicklung

Die Notenbanken tragen mit einer sehr expansiven Geldpolitik ihren Teil zur Bewältigung der Corona-Pandemie bei. Im ersten Quartal 2020 stiegen die Renditen der EU-Peripherie-Staaten zunächst an, die von der EU zur Verfügung gestellten Hilfgelder führten dann im weiteren Jahresverlauf wieder zu einem Zinsrückgang. Deutsche Staatsanleihen notierten durchweg negativ, die hohe Nachfrage nach sicheren Bonitäten sorgte im Jahresverlauf für einen weiteren Renditerückgang bei zehnjährigen Anleihen.

Die Diskontierungszinssätze für Pensions- und Kernenergie-rückstellungen von Unternehmen sind im Jahr 2020 erneut leicht gesunken, sodass sich insbesondere die Barwerte der Pensionsverpflichtungen der EnBW zinsgetrieben erhöht haben. Die Konsensprognose für den EZB-Hauptrefinanzierungssatz liegt unverändert bei 0,00 %.

Branchenentwicklung und Wettbewerbssituation

Auswahl an internationalen, nationalen, regionalen und neuen Wettbewerbern



EnBW-Position:

- > Weiterentwicklung vom integrierten Energieversorger zum nachhaltigen und innovativen Infrastrukturpartner
- > Wachstum schwerpunktmäßig bei erneuerbaren Energien, Netzen und Kundenlösungen (insbesondere E-Mobilität, Telekommunikation und Breitband)
- > Aktiv in Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten

Herausforderungen:

- > Verstärkung des Wettbewerbs durch den Eintritt neuer Marktteilnehmer*innen in das Kerngeschäft
- > Neuer Wettbewerb als Folge des Markteintritts der EnBW in neue Geschäftsfelder
- > Optimale Positionierung angesichts des regulatorischen und wettbewerbsintensiven Marktumfelds

Die Energiebranche ist derzeit von tiefgreifenden Umbrüchen geprägt. Besonderer Veränderungsdruck geht von der Energiewende aus. Aber auch die Digitalisierung, die Sektorkopplung (Glossar, ab Seite 138) oder das Autarkiestreben der Kommunen üben starken Einfluss auf die Branche aus.

Von großer Bedeutung ist, dass der Energiesektor einer weitreichenden Regulierung unterliegt und die Politik entsprechend stark in die Entwicklungen eingreift. Die klassischen Energieversorgungsunternehmen müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit in den einzelnen Geschäftsbereichen überprüfen, die Potenziale eines veränderten Marktumfelds nutzen und ihre Strategien zukunftsorientiert neu ausrichten.

Segmentübergreifende Rahmenbedingungen

Klimaschutz

Auch wenn die Corona-Pandemie in den vergangenen Monaten die politische Agenda klar dominiert hat, gilt dem Thema Klimaschutz weiterhin große Aufmerksamkeit. Die gegen die drohende Wirtschaftskrise aufgelegten Sofortprogramme und Konjunkturmaßnahmen wurden auf europäischer und nationaler Ebene in Teilen mit dem Ziel verknüpft, Investitionen in die grüne Transformation der Wirtschaft zu unterstützen und den Strukturwandel zu beschleunigen. Durch die auf europäischer Ebene mit dem EU Green Deal (Glossar, ab Seite 138) voraussichtlich deutlich ambitionierteren Ziele beim Klimaschutz wird auch auf nationaler Ebene der Druck erhöht, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Verkehrswende und die Wärmewende im Gebäudesektor erheblich zu beschleunigen und neue Maßnahmen und Instrumente zu verankern. Während das nationale Klimaziel für 2020 wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie knapp erreicht wurde, klafft schon zum aktuell gültigen Emissionsminderungsziel 2030 von -55 % eine deutliche Lücke. Die EnBW setzt sich für eine deutliche Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien und die Beseitigung bestehender Hürden bei Genehmigungsverfahren und Flächenverfügbarkeiten ein. Das Ziel eines Anteils von 65 % der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2030 dürfte ohne gravierende Änderungen am Rechtsrahmen nicht erreichbar sein. Um den erneuerbaren Energien bessere Marktperspektiven in allen Sektoren zu eröffnen, setzen wir uns weiterhin für die Einführung eines sektorübergreifenden Mindestpreises für CO₂ ein und fordern eine klimaorientierte Reform des Steuer-, Abgaben- und Umlagesystems, die klimafreundliche Stromanwendungen im Wettbewerb mit fossilen Brennstoffen besserstellt.

EU Green Deal

Der von der EU-Kommission vorgelegte EU Green Deal (Glossar, ab Seite 138) mit der im begleitenden Klimagesetz geregelten Verankerung des erhöhten Klimaziels einer Emissionsreduktion um mindestens -55 % bis 2030 und der Treibhausgasneutralität des Kontinents bis 2050 wird auch im Europäischen Rat von breiten Mehrheiten getragen. Eine Verabschiedung des Klimagesetzes noch im Jahr 2021 ist daher wahrscheinlich und wird im nächsten Jahr von einer entsprechenden Nachschär-

fung und Anpassung der zentralen Richtlinien und Verordnungen begleitet werden.

Von zentraler Bedeutung für unser Unternehmen werden vor allem die Revision der Emissionshandelsrichtlinie und der Lastenteilungsverordnung sein. Hier sind derzeit viele Reformoptionen bis hin zu einem auf die Sektoren Verkehr und Wärme ausgeweiteten Emissionshandelssystem in der Diskussion. Außerdem werden die Erneuerbare-Energien-Richtlinie und die Energieeffizienz-Richtlinie neu gefasst. Eine Überarbeitung der Finanzierungsinstrumente und Kapitalmarktvorgaben sowie Vorgaben und Maßnahmen zur Dekarbonisierung des Gas- und Transportsektors sind ebenfalls in Vorbereitung.

Wir begrüßen die Green-Deal-Agenda sowie die Verschärfung des europäischen Klimaziels 2030 auf mindestens -55 %. Die damit verbundenen regulatorischen Anpassungen dürften unsere Transformationsagenda unterstützen. Wir werben insbesondere für eine ambitionierte Neugestaltung des Emissionshandelssystems: Über klare Preissignale sowie die Verankerung eines CO₂-Mindestpreises lassen sich die erneuerbaren Energien besser in den Markt integrieren und Investitionen absichern.

Kohleausstieg

Nachdem die Kohlekommission im Januar 2019 ihren Abschlussbericht vorgelegt hatte, wurde im Juli 2020 das Kohleausstiegsgesetz verabschiedet. Es sieht – entsprechend der Empfehlung der Kohlekommission – ein Ende der Kohleverstromung in Deutschland bis spätestens 2038 vor. Bis 2022 sollen die deutschen Braun- und Steinkohlekapazitäten der Energiewirtschaft auf jeweils 15 GW zurückgeführt werden (aktuell zusammen circa 42 GW). Bis zum Jahr 2030 soll ein weiterer Kapazitätsabbau auf dann insgesamt 17 GW erfolgen. Das Gesetz sieht verhandelte Stilllegungen und Entschädigungen für die Betreiber von Braunkohlekraftwerken und Entschädigungen über Ausschreibungen für Betreiber von Steinkohlekraftwerken vor. Für süddeutsche Anlagen wird die Auktionsteilnahme durch einen zusätzlichen Netzfaktor erschwert, da sie als wichtig für die Stützung der Netze angesehen werden. Für Stilllegungen nach 2030 soll (von möglichen Härtefällen abgesehen) grundsätzlich keine Stilllegungskompensation gezahlt werden. Anlagen, die nicht über eine Ausschreibung stillgelegt werden, können auf dem Wege einer „gesetzlichen Reduzierung“ zwangstillgelegt werden. Daneben werden Anreize für Anlagenbetreiber geschaffen, an Kraftwerksstandorten eine Umstellung auf klimafreundlichere Brennstoffe (Fuel Switch) zu vollziehen.

Segment Vertriebe

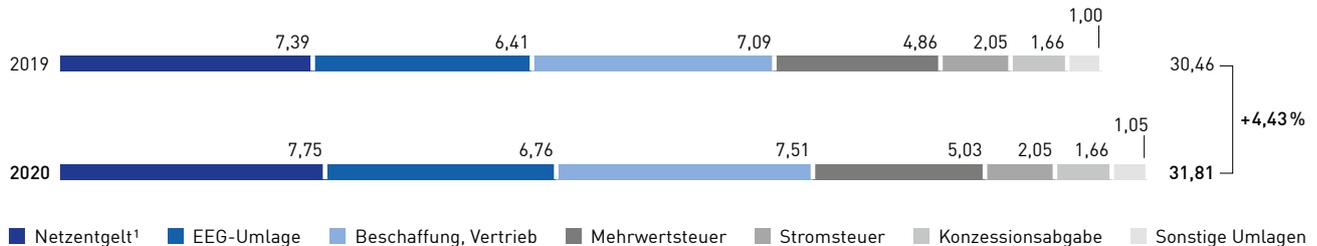
Strom- und Gaspreise für Privatkund*innen und Industrie

Für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh belief sich gemäß Strompreisanalyse des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) vom Januar 2021 die durchschnittliche monatliche Stromrechnung im Jahr 2020 auf 92,78 €, nach 88,84 € im Vorjahr. Über die Hälfte des Preises entfällt dabei auf Steuern und Abgaben. Die Strompreise in der Grundversorgung hat die EnBW zum 1. April 2020 um circa 97 € pro Jahr erhöht. Ursache hierfür waren gestiegene

Kosten sowohl für die Strombeschaffung als auch bei Umlagen und Netznutzungsentgelten. Für Industrieunternehmen in der Mittelspannungsversorgung sank der durchschnittliche Strompreis inklusive Stromsteuer nach Berechnungen des BDEW von 18,43 ct/kWh im Vorjahr um 3,6% auf 17,76 ct/kWh im Jahr 2020.

Die Preise für Erdgas lagen nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2020 für private Haushalte um 2,0% unter dem Wert des Vorjahres; für die Industrie verringerte sich der Preis für den Gasbezug um 6,7%.

Durchschnittlicher Strompreis eines Drei-Personen-Haushalts (Jahresverbrauch von 3.500 kWh) in ct/kWh



¹ Inklusive Messung und Messstellenbetrieb.
Quelle: BDEW | Stand: Januar 2021

Strukturelle Veränderungen

Die Corona-Pandemie hat auch im **Stromvertrieb** Auswirkungen gezeigt. Der Stromverbrauch ging in Deutschland im Jahr 2020 um circa 3,6% zurück. Aufgrund der stark gestiegenen Homeoffice-Nutzung und der Tatsache, dass die Menschen mehr Zeit zu Hause verbrachten, dürfte der Stromverbrauch der privaten Haushalte gestiegen sein. Gegenläufig wirkte nach unserer Einschätzung ein durch die wochenlangen Schließungen des Einzelhandels bedingter Rückgang im Stromverbrauch bei Gewerbekunden. Durch unseren Fokus im Stromvertrieb auf das Privatkundengeschäft sind wir nur leicht von rückläufigen Absatzmengen bei Geschäfts- und Industriekunden betroffen. Den Konjunkturimpuls durch die Mehrwertsteuersenkung um drei Prozentpunkte haben wir vollständig und automatisch an unsere Kund*innen weitergegeben. Weiterhin in Abstimmung befindet sich der bereits 2019 vorgelegte Gesetzentwurf für faire Verbraucherverträge. Mit dem Gesetz sollen Verbraucher*innen besser vor zu langen Vertragslaufzeiten geschützt werden.

Aufgrund des im Frühjahr stark eingeschränkten Mobilitätsverhaltens infolge der Corona-Pandemie kam es temporär zu einem Rückgang der Ladevorgänge an öffentlichen Ladepunkten. Die **Nachfrage nach Elektrofahrzeugen** ist jedoch im Jahresverlauf deutlich gestiegen. Dies ist vor allem auf die staatliche Subventionierung sowie die einzuhaltenden CO₂-Flottengrenzwerte der Automobilhersteller zurückzuführen. Daneben wirken die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen in Bezug auf den Kauf von Elektrofahrzeugen und den Aufbau der Ladeinfrastruktur unterstützend. Dies wird nach unserer Einschätzung sukzessive zu einer höheren Auslastung der Ladeinfrastruktur (Glossar, ab Seite 138) führen.

Die Corona-Pandemie hat das Bewusstsein gestärkt, dass das Internet eine „Versicherungsfunktion“ für Wirtschaft und Sozialeben darstellt. Dadurch wurde die Akzeptanz der Digitalisierung und deren Nutzung erheblich gefördert. Im Arbeitsalltag führt die umfangreiche Homeoffice-Nutzung zu einer starken Zunahme von Videokonferenzen. Dadurch hat das Datenübertragungsvolumen erheblich zugenommen. Um diesen steigen-

den Bedarf in Deutschland bedienen zu können, ist ein weiterer **Ausbau der „letzten Meile“ des Breitbandnetzes** (Glossar, ab Seite 138) unerlässlich. Daher hat die Bundesregierung im September 2020 mit der EU-Kommission eine Einigung über die Förderung sogenannter „grauer Flecken“ erreicht, die bereits mit Bandbreiten von mindestens 30 MBit/s versorgt sind, aber noch nicht über gigabitfähige Anschlüsse verfügen. Mit unseren Tochtergesellschaften NetCom BW und Plusnet bilden wir die gesamte Wertschöpfungskette im Breitbandgeschäft ab und profitieren von dem beschleunigten Ausbau (Seite 78).

Am 17. Dezember 2020 wurde der Gesetzentwurf zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2021 durch den Bundestag beschlossen. Wichtig für das Gelingen der Energiewende ist in diesem Kontext eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den **Betrieb von Speichern und Eigenverbrauchsmodellen**. Hierfür sehen die EU-Vorgaben aus dem Winterpaket eine maßgebliche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für sogenannte Prosumer vor. Dies ist wichtig, um Kund*innen, die bereits in Energiewendetechnologien investiert haben oder dies planen, in ihrem Engagement und ihren Investitionen zu bestätigen. Wir beteiligen uns aktiv am Diskurs der auszugestaltenden Rahmenbedingungen.

Neben der Novellierung des EEG begleiten wir den Konsultationsprozess zur Ausgestaltung einer **Verordnung zum Lastmanagement in der Niederspannung** nach § 14a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Der hierzu am 22. Dezember 2020 veröffentlichte Referentenentwurf des Steuerbare-Verbrauchseinrichtungen-Gesetzes (SteuVerG) wurde jedoch am 17. Januar 2021 vom Bundeswirtschaftsministerium wieder zurückgezogen. Wir begrüßen grundsätzlich eine konkretisierende Ausgestaltung des §14a EnWG. Die Nutzbarmachung von flexiblen Verbrauchsanwendungen wie beispielsweise Elektrofahrzeugen oder Wärmepumpen sowie deren reibungslose Integration in die Verteilnetze erleichtert es allen Marktteilnehmer*innen, mit den Herausforderungen der Verkehrs- und Wärmewende umzugehen. Der aktuell diskutierte Vorschlag weist jedoch noch erhebliche Schwächen beispielsweise in der massenmarktauglichen Abwicklung des vorgesehenen Modells auf. Die EnBW begleitet diesen Prozess intensiv.

Segment Netze

Im Januar 2020 haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber den Entwurf des Szenariorahmens zum **Netzentwicklungsplan Strom** (Glossar, ab Seite 138) bis 2035 vorgestellt. Alle Varianten gehen von einem steigenden Stromverbrauch aus. Der Entwurf berücksichtigt den Kernenergieausstieg bis Ende 2022 und den geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2038.

Im Mai 2020 erfolgte die Konsultation des **Netzentwicklungsplans Gas** (Glossar, ab Seite 138) 2020 bis 2030 auf Basis von Vorabveröffentlichungen. Die Fernleitungsnetzbetreiber haben diesen Entwurf später als in den Vorjahren am 1. Juli veröffentlicht. Wasserstoff und die dafür erforderliche Transportinfrastruktur sind als zentraler Bestandteil der deutschen Dekarbonisierungsstrategie darin berücksichtigt. Der Zeitplan für die Bewertung der sogenannten Änderungsverlangen durch die Bundesnetzagentur steht noch nicht fest. Eine Auswertung wird jedoch im Lauf des ersten Quartals erwartet.

Für die von unserem Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) TransnetBW gemeinschaftlich mit Amprion im Projekt **ULTRANET** zu realisierende 340 km lange Gleichstromverbindung von Osterath in Nordrhein-Westfalen nach Philippsburg liegt seit dem 26. März 2020 die Genehmigung für den Bau des Gleichstrom-Umspannwerks (HGÜ-Konverter) am Standort des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks Philippsburg vor. Die Grundsteinlegung erfolgte am 16. September 2020. Bis 2024 soll der Bau von ULTRANET abgeschlossen sein. Parallel setzen die beiden Übertragungsnetzbetreiber TenneT und TransnetBW das Projekt **SuedLink** um. Es besteht aus zwei Gleichstrom-Übertragungsleitungen mit einer Länge von über 600 km von Schleswig-Holstein nach Bayern und Baden-Württemberg. Die Bundesnetzagentur hat im Februar 2020 das Planfeststellungsverfahren für die ersten nördlichen Abschnitte eröffnet. In der zweiten Jahreshälfte hat die TransnetBW auch für weitere südliche Bereiche, zum Beispiel in Unterfranken, einen Antrag auf Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Damit kommt eines der zentralen Projekte für das Gelingen der Energiewende weiter voran.

Der Netzausbau geht allerdings nicht so schnell voran wie geplant. Daher ist absehbar, dass nach Abschaltung der letzten Kernkraftwerke 2022 zur **Absicherung der Netzstabilität** zusätzliche Reserveleistung benötigt wird. Die ÜNB TransnetBW, Amprion und

TenneT haben den jeweiligen Kapazitätsbedarf festgelegt und für die Deckung den Bau von geeigneten Kraftwerken innerhalb der von ihnen verantworteten Regelzonen ausgeschrieben. Die von der TransnetBW für Baden-Württemberg ausgeschriebene Leistung beträgt 300 MW. Bei dieser Ausschreibung hat die EnBW AG mit ihrem Kraftwerksstandort Marbach am Neckar den Zuschlag erhalten. Mit dem Spatenstich wurde am 12. Oktober 2020 der offizielle Startschuss für den Baubeginn gegeben.

Ein großes Handlungsfeld unserer Netztöchter ist das Thema **Digitalisierung**. Hierzu laufen unterschiedliche Projekte von der Digitalisierung interner Arbeitsabläufe über neue Austauschplattformen zwischen Übertragungs- und Verteilnetzbetreibern bis hin zur Digitalisierung von Kunden- oder Lieferantenschnittstellen. Mit dem Projekt DA/RE (DATenaustausch/REdispatch) zum Beispiel entwickeln TransnetBW und Netze BW eine digitale Plattformlösung zum Einsatz von dezentralen Anlagen auf Verteilnetzebene zur Netzstabilisierung. Um auf die Herausforderungen der Energiewende vorbereitet zu sein, werden weiterhin die Transparenz und Automatisierung der Mittel- und Niederspannungsebene vorangetrieben. Hierzu trägt auch die im Jahr 2020 begonnene Einführung von intelligenten Messsystemen bei.

Segment Erneuerbare Energien

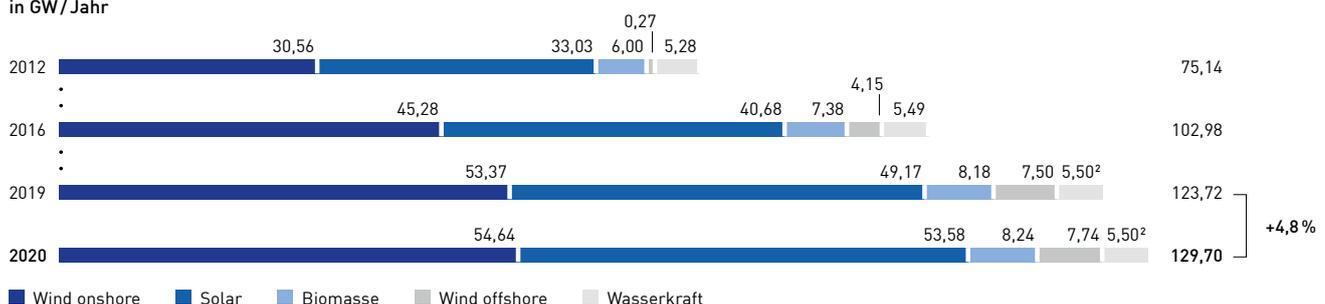
Deutschland

Der **Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung** erhöhte sich im Jahr 2020 deutlich auf 52%, was größtenteils auf günstige Wettereinflüsse, in geringerem Umfang auf einen wirtschaftlich bedingten Nachfragerückgang zurückzuführen ist. Dies entspricht einem Anstieg um sechs Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2019.

Im Wesentlichen bedingt durch das komplexe Genehmigungsverfahren wuchs die **installierte Leistung erneuerbarer Energien** in Deutschland im Jahr 2020 geringer als erwartet. Es wurden rund 4 GW neue Photovoltaikanlagen und 1 GW neue Onshore-Windparks in Betrieb genommen. In den im ersten Halbjahr 2020 durchgeführten Ausschreibungen für Photovoltaik ist weiterhin ein großes Interesse aufseiten der Projektentwickler*innen erkennbar, während die Ausschreibungen für Onshore-Windkraftanlagen trotz eines leichten Aufwärtstrends in den Zuschlagsmengen im zweiten Halbjahr 2020 weiterhin unterzeichnet waren.

Installierte Nettogleistung zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland¹

in GW/Jahr



¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Korrektur des Werts von 4,80 GW Wasserkraft auf 5,50 GW Wasserkraft durch die EnBW.

Quelle: Fraunhofer ISE (www.energy-charts.de) | Stand: 31.12.2020

Im Rahmen der im Sommer 2020 verabschiedeten „kleinen EEG-Novelle“ wurde der 52-GW-Deckel für die **Förderung von Photovoltaikanlagen** unter 750 kW gestrichen, sodass auch Anlagen, die nach Überschreiten dieser Grenze in Betrieb gehen, eine Förderung gemäß EEG erhalten können. Für Onshore-Windkraft wurde eine Öffnungsklausel für die Mindestabstandsregel von 1.000 m eingeführt, wonach einzelne Bundesländer von dieser Regelung abweichen können. Endgültig eliminiert wurden die Privilegien für Projekte von Bürgerenergiegesellschaften, die nun dauerhaft nicht mehr ohne Genehmigung gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz an den Ausschreibungen teilnehmen dürfen.

Im November 2020 beschloss der Bundestag das **Windenergie-auf-See-Gesetz**, das eine Zielerhöhung für die Leistung von Offshore-Windkraftanlagen von 15 GW auf 20 GW für das Jahr 2030 und ein Ziel von 40 GW für 2040 enthält.

Ende des Jahres 2020 wurde die **EEG-Novelle 2021** verabschiedet. Darin setzt sich Deutschland das Ziel, im Jahr 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Außerdem werden die jährlichen Ausschreibungsmengen für erneuerbare Energien erhöht, um sicherzustellen, dass das 65 %-Ziel 2030 erreicht werden kann.

Frankreich

Mit dem Erwerb von Valeco sind wir im Jahr 2019 in den französischen Markt für erneuerbare Energien eingetreten. Wir rechnen mit einem dynamischen Wachstum erneuerbarer Energien in Frankreich sowohl im Windkraft- als auch im Photovoltaikbereich. Die in Frankreich hauptsächlich üblichen auktionenbasierten Ausschreibungen gewährleisten eine weiterhin verlässliche Förderung erneuerbarer Energien.

Schweden

Schweden bietet sehr gute Standortbedingungen und ein wettbewerbles Umfeld für erneuerbare Energien. Insbesondere Windenergie an Land wird in den nächsten Jahren eine zunehmend wichtige Rolle im schwedischen Erzeugungsmarkt spielen. Seit dem Markteintritt im Jahr 2018 bauen wir unser Windkraftportfolio kontinuierlich aus.

Türkei

Der aktuell bestehende Fördermechanismus für erneuerbare Energien ist bis Mitte 2021 gültig. Die Ausgestaltung des neuen Fördermechanismus ist aktuell in Bearbeitung. Wir halten den türkischen Markt langfristig für weiterhin attraktiv, beobachten die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Türkei jedoch sorgfältig.

Segment Erzeugung und Handel

Großhandelsmarkt Strom

Im Jahr 2020 lag der durchschnittliche Spotmarktpreis (Glossar, ab Seite 138) rund 15 €/MWh unter dem Niveau des Vorjahres. Der durchschnittliche Preis am Terminmarkt (Glossar, ab Seite 138) bewegte sich ebenfalls deutlich unter dem des Vorjahresprodukts.

Der Preisrückgang ist vor allem auf die niedrige Stromnachfrage infolge der Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund der Corona-Pandemie, die hohe Einspeisung aus erneuerbaren Energiequellen und die deutlich gefallen Gas- und Kohlepreise zurückzuführen.

Die aktuellen Terminmarktpreise weisen für das Marktgebiet Deutschland für 2022/2023 einen ansteigenden Verlauf auf. Dies spiegelt vor allem den ebenfalls ansteigenden Verlauf der Preise für Kohle, Gas und CO₂-Zertifikate (Glossar, ab Seite 138) wider. Ein wesentlicher Hebel ist zudem die künftige Entwicklung des energie- und klimapolitischen Umfelds im In- und Ausland.

Entwicklung der Preise für Strom (EPEX), Grundlastprodukt Base

in €/MWh	Durchschnitt 2020	Durchschnitt 2019
Spot	30,47	37,67
Rollierender Frontjahrespreis	40,20	47,79

Gasmarkt

Der Spotmarktpreis (Glossar, ab Seite 138) ist bis Mitte des Jahres 2020 deutlich gefallen, hat sich ab August erholt und liegt aktuell höher als zu Beginn des Jahres 2020. Die Preise für Lieferungen im Jahr 2021 sind bis Mitte März 2020 gesunken, haben sich danach tendenziell seitwärts bewegt und sind ab September leicht gestiegen. Zum einen hat sich das weltweite Angebot an Liquefied Natural Gas (LNG) durch neue Produktionsanlagen in den USA und Australien ausgeweitet, was spürbar höhere LNG-Lieferungen nach Nordwesteuropa zur Folge hatte. Zum anderen haben überdurchschnittlich hohe Temperaturen in weiten Teilen Europas und Asiens zu einer deutlich geringeren Wärmenachfrage geführt. Verstärkt wurden diese Effekte durch die umfangreichen Lockdowns in Europa.

Die meisten Marktteilnehmer*innen gehen für den Winter 2020/2021 wieder von höheren LNG-Lieferungen nach Europa aus. Dies führt in Kombination mit den aktuell sehr gut gefüllten Gasspeichern in Europa dazu, dass viele Marktteilnehmer*innen keine übermäßigen Preissteigerungen erwarten.

Entwicklung der Preise für Erdgas an der TTF (niederländischer Großhandelsmarkt)

in €/MWh	Durchschnitt 2020	Durchschnitt 2019
Spot	9,41	13,51
Rollierender Frontjahrespreis	13,49	18,19

Ölmarkt

Die Brentpreise lagen zu Beginn des Jahres bei 66 US-\$/bbl. Mit Beginn der Corona-Pandemie gaben die Frontmonatspreise bis Anfang März 2020 zunächst auf bis zu 48 US-\$/bbl nach. Eine Produktionsdrosselung der OPEC+ Gruppe scheiterte. Stattdessen führten eine erhöhte Ölproduktion und die Ausbreitung des Corona-Virus zu einem historisch einmaligen Einbruch der

weltweiten Ölnachfrage. Die Brentpreise fielen auf bis zu 16 US-\$/bbl am 22. April 2020. Erst der Beschluss der OPEC+ Gruppe, ihre Ölproduktion zu drosseln, weitere preisgetriebene Produktionsrückgänge außerhalb der OPEC+ sowie erste Erholungstendenzen der weltweiten Ölnachfrage konnten den Preistrend umkehren. In der Folge bewegten sich die Frontmonatspreise seitwärts. Ende Oktober 2020 kam es durch stark steigende Corona-Infektionszahlen in den USA und Europa zu Sorgen hinsichtlich der Ölnachfrage. Darauf brachen die Ölnotierungen erneut ein. Erst als Saudi-Arabien und Russland signalisierten, die Ölproduktion der OPEC+ Gruppe bei Bedarf an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen, stabilisierten sich die Ölnotierungen.

Die Terminmarktpreise spiegeln die Erwartung leicht steigender Notierungen wider. Es wird mit Förderkürzungen der OPEC+ Gruppe und weiterer Länder sowie einer Erholung der weltweiten Ölnachfrage gerechnet.

Preisentwicklung auf den Ölmärkten

in US-\$/bbl	Durchschnitt 2020	Durchschnitt 2019
Rohöl (Brent) Frontmonat (Tagesquotes)	43,21	64,16
Rohöl (Brent), rollierender Frontjahrespreis (Tagesquotes)	45,88	61,31

Kohlemarkt

Die Frontjahrespreise entwickelten sich bis Ende April 2020 stark rückläufig. Wesentlich waren die durch niedrige Gaspreise eingeschränkte europäische Kohlenachfrage (Verdrängung Kohleverstromung durch Gasverstromung) und die weltweit negativen Nachfrageeffekte der Corona-Pandemie. Ab Ende April folgte eine Phase der Stabilisierung, bis Anfang Juni der Zusammenbruch der einzigen Eisenbahnbrücke zum russischen Kohleexporthafen von Murmansk sowie wieder höhere Gaspreise einen Preisanstieg bewirkten. In der zweiten Jahreshälfte 2020 bewegten sich die Frontjahrespreise seitwärts. Bestimmende Faktoren blieben die zunehmenden Importbegrenzungen Chinas, die negativen Nachfrageeffekte der Corona-Pandemie sowie die europäischen Gaspreise. Auf der Angebotsseite spielten Produktionsausfälle in Kolumbien eine Rolle.

Für die weitere Entwicklung der europäischen Kohlepreise werden die Corona-Pandemie, die europäischen Erdgaspreise sowie die Nachfrage des mit Abstand größten Kohleverbrauchers China entscheidend bleiben. Die Bedeutung der europäischen Erdgaspreise ergibt sich durch die Konkurrenzsituation der beiden Brennstoffe im Bereich der Stromerzeugung.

Preisentwicklung auf den Kohlemärkten

in US-\$/t	Durchschnitt 2020	Durchschnitt 2019
Kohle – API #2, rollierender Frontjahrespreis	57,98	69,54
Kohle – API #2, Spotmarktpreis	50,40	60,75

CO₂-Zertifikate

Den stärksten Einfluss auf die Preisentwicklung von CO₂-Zertifikaten (Glossar, ab Seite 138) hatte die Corona-Pandemie im März 2020. Sie führte zu einem deutlichen Emissionsrückgang wegen geringerer Industrieproduktion, geringerem Stromverbrauch und fast kompletter Einstellung des Luftverkehrs. Ein weiterer Grund für den Emissionsrückgang sind die deutlich niedrigeren Fuel-Switch-Kosten aufgrund des niedrigen Gaspreises. Diese waren in den Sommermonaten 2020 sogar negativ – auch bei einem CO₂-Preis von null sind die Erzeugungskosten der Gaskraftwerke günstiger als die der Kohlekraftwerke. Ab 2021 wird bei Überwindung der Corona-Pandemie und wirtschaftlicher Belebung wieder mit einem deutlichen Unterangebot an EUA-Zertifikaten (Glossar, ab Seite 138) gerechnet. Dazu dürften zudem die Angebotsverknappung über die Marktstabilitätsreserve (MSR) sowie die ambitionierteren Ziele der EU-Kommission zur Emissionsminderung beitragen. Insofern ist von steigenden Preisen auszugehen.

Entwicklung der Preise für Emissionszertifikate/Tagesquotes

in €/t CO ₂	Durchschnitt 2020	Durchschnitt 2019
EUA – rollierender Frontjahrespreis	24,46	24,88
CER – rollierender Frontjahrespreis	0,26	0,21

Kernenergie

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung setzt den Rahmen für die aktuelle Kernenergiepolitik: Wesentliche Ziele sind der Erhalt von Fachpersonal und Fachwissen, ein zügiges Vorankommen bei der Suche eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle (bis 2031) sowie eine rasche Inbetriebnahme des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle (nach gegenwärtiger Planung 2027).

Zum 31. Dezember 2019 erlosch die Berechtigung zum Leistungsbetrieb des Kernkraftwerks Philippsburg. Am 14. Mai 2020 konnten wir den Abbruch der beiden Kühltürme am Standort erfolgreich und sicher umsetzen. Das auf dem Kraftwerks Gelände neu errichtete Standort-Abfalllager wurde am 14. April 2020 in Betrieb genommen und an die staatliche Gesellschaft für Zwischenlagerung übergeben. Am 11. Dezember 2020 erhielten wir außerdem vom Umweltministerium Baden-Württemberg die Zustimmung zur Inbetriebnahme des auf dem Gelände in Philippsburg neu errichteten Reststoffbearbeitungszentrums. Damit können wir mit der Bearbeitung von Material aus dem Rückbau der beiden Kernkraftwerke des Standorts beginnen.

Am 28. September 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren Bericht veröffentlicht, demzufolge 90 Gebiete in Deutschland günstige geologische Voraussetzungen für ein Atommüll-Endlager besitzen. 2031 soll der Standort gefunden sein, ab 2050 sollen Behälter mit strahlendem Abfall unterirdisch eingelagert werden.